

Eigeninitiative und ein hohes Maß an Eigenverantwortung voraus. Darüber hinaus bedarf es aber zukünftig innovativer Konzepte, die die Durchlässigkeit zwischen einer Fach- und Führungslaufbahn einerseits und einer zeitlich befristeten Tätigkeit als Betriebsrat andererseits verbessern. Dies ist nicht nur eine Frage der Unternehmenskultur, sondern auch eine Frage konkreter Instrumente innerhalb des Personalmanagements. Dieter Rausch, der beide Seiten kennen gelernt hat, formuliert den Handlungsbedarf deutlich: »Wer als Personalverantwortlicher Betriebsratsarbeit nicht als auch unter dem Blickwinkel »Personalentwicklung« sieht, verschenkt wichtige Ressourcen. Am Ende hat jedes Unternehmen die Betriebsräte, die es verdient.«

DR. CHRISTOF BALKENHOL (Matrix GmbH, München) hat sich in zahlreichen Beratungsprojekten rund um das Thema »Mitbestimmung« u. a. mit Fragen zur Personalentwicklung für Betriebsräte beschäftigt.
Kontakt: Christof.Balkenhol@t-online.de

Literaturhinweis

Thorsten Halm, Betriebsrat und Karriere, Professionalisierung im Amt – Perspektiven für die Zeit danach
ISBN 3-7663-3657-6, ca. 250 Seiten, ca. 24,90 €, erscheint 4. Quartal 2005, zu bestellen über Buch und Mehr, Fax. 0 69/95 20 53-53, Tel.: 0 69/95 20 53-0, E-Mail: onlineservice@buchundmehr.de

Auswirkungen der Globalisierung

Die Gewinner und die Verlierer

Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in den Ländern des Südens – sich verschlechternde Arbeitsbedingungen in den Industrieländern des Nordens, Kapitalsteigerung bei den Transnationalen Unternehmen (TNU).

Weder in den Industrieländern, noch in den so genannten Entwicklungsländern zählen ArbeitnehmerInnen¹ zu den Gewinnern der Globalisierung. Der Sicherung internationaler Mindeststandards kommt damit immer größere Bedeutung zu.

Wesentliche Merkmale der Globalisierung sind die Liberalisierung des internationalen Handels, die Expansion ausländischer Direktinvestitionen² und massive grenzüberschreitende Finanzströme. Ausschlaggebend dafür waren grundsatzpolitische Entscheidungen, nationale Hindernisse für internationale Wirtschaftstransaktionen allmählich zu beseitigen, sowie die Auswirkungen neuer Informations- und Transporttechnologien. In der Folge sind die Kosten für den Transport von Informationen, Gütern und Kapital über den gesamten Erdball hinweg, drastisch gesunken.³ Eine außenwirtschaftliche Verflechtung findet zwar überwiegend innerhalb der kapitalistischen Zentren Westeuropa, Nordamerika und Südostasien statt,⁴ dennoch haben wir mittlerweile einen globalen Markt, was sich darin ausdrückt, dass technische Standards in vielen Bereichen fast identisch sind, die Preise weltweit gehandelter Produkte vergleichbar (»single price«) und sich mit dem Englischen weltweit eine Sprache zur Kommunikation durchgesetzt hat.⁵

Unternehmen mit Sitz in den Industriestaaten agieren über Landesgrenzen hinaus, d.h. transnational. Sie exportieren nicht nur Güter, sondern lagern immer größere Teile der Produktion aus, insbesondere in Hochtechnologiebranchen wie Elektronik, Halbleiter sowie in arbeitsintensiven Bereichen der Konsumgüterindustrie (Textilien, Bekleidung und Schuhwaren) wird kaum noch in einem Land wie Deutschland produziert.⁶ In den Industrieländern verbleiben Forschung, Entwicklung, Design sowie die Organisation von Verkauf und Marketing, während die Herstellung in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfindet.⁷ TNU zerlegen ihre

1 Um zu verdeutlichen, dass sowohl von Männern, als auch von Frauen die Rede ist, wird zum Teil die Form »Innen« benutzt, die sowohl Männer als auch Frauen umfasst, an anderer Stelle wird sowohl die männliche als auch die weibliche Form verwendet, oder in Ausnahmefällen auf die männliche Form zurückgegriffen (»Arbeitgeber«).

2 Anfang der 80er-Jahre stiegen ausländische Direktinvestitionen (sowohl absolut, als auch in Prozent des BIP) deutlich an, woraufhin in den 90er-Jahren die Zahl der Länder, die bedeutende Liberalisierungsmaßnahmen in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen (ADI) durchgeführt haben, ständig gestiegen ist – siehe: ILO (Hg.), Eine faire Globalisierung. Chancen für alle schaffen, 2004, S. 29.

3 ILO, a. a. O., S. 27.

4 Huffs Schmidt, Globalisierung – das Ende von Wirtschaftspolitik, aus: Wege zu einem anderen Europa, 1997.

5 Altwater, Trends und Grenzen der Globalisierung, in: isw (Hg.), isw-report 52 (Globalisierung & Gewerkschaften), 2002, S. 1(2).

6 Bspw. sind in Unternehmen des deutschen Konzerns adidas von weltweit 17.023 MitarbeiterInnen, nur 2580 auf Arbeitsplätzen in Deutschland beschäftigt, der größte Teil davon im Marketing und Vertrieb. Zwar hat der »Sportartikelhersteller« in den letzten zehn Jahren die Zahl seiner Beschäftigten von 1200 auf 2580 mehr als verdoppelt, allerdings erst, nachdem der Großteil der Produktion in Deutschland zuvor bereits stillgelegt worden war – vgl. adidas-Salomon, Sozial- u. Umweltbericht 2004, S. 6 ff.

7 Nach einem ersten Verlagerungsboom in den asiatischen Raum, spielten seit Anfang dieses Jahrhunderts die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas (MOE) eine wichtige Rolle, zunehmend aber auch China, insbesondere im Textilsektor, da mit dem Auslaufen des Welttextilabkommens Ende 2004 die Einfuhrbeschränkungen ausliefen.

Produktionsprozesse in einzelne Segmente, für die zum Teil in weit voneinander entfernten Produktionsstätten gefertigt wird. Neben dem Erschließen neuer Märkte spielt vor allem der Kostenfaktor eine Rolle dafür, welche Region den Zuschlag für die Produktion bekommt.

Globalisierung und Machtverteilung

Weltweit koordinieren etwa 65.000 transnationale Unternehmen mit rund 850.000 ausländischen Tochterfirmen globale Lieferketten, darunter auch lokale Subunternehmen, die außerhalb formaler Betriebssysteme tätig sind und von HeimarbeiterInnen fertigen lassen.⁸ Dabei kommt der Auftragsfertigung auch in den Produktionsländern immer größere Bedeutung zu. Aufträge, die zuvor im Unter-

www.arbeitsrecht.de
Urteil gesucht?

nehmen selbst erledigt wurden, werden an lokale Firmen vergeben, die ihrerseits oftmals mit Untervertragsnehmern arbeiten.⁹

Wie groß die ökonomische Macht transnationaler Unternehmen ist, verdeutlichen einige Zahlen: Unter den 100 größten Ökonomien der Welt sind bereits 29 Unternehmen, noch 71 sind Staaten.¹⁰ Der Profit der weltweit 200 größten Unternehmen stieg von 1983 bis 1999 um 362 Prozent, in den entwickelten Industrieländern tätigen die 50 größten dort ansässigen Konzerne mehr als die Hälfte des Kapitalexports dieser Länder.¹¹ Derart ökonomisch geballte Macht bleibt auch politisch nicht ohne Einfluss auf die jeweiligen nationalen Regierungen, vor allem aber manifestiert sie sich in der Politik der Welthandelsorganisation (WTO).

Streben nach Gewinnmaximierung

Die Orientierung am Aktienindex eines Unternehmens führt dazu, dass ein immer stärkeres Ansteigen des Gewinns erstrebt wird, was zu dem gesteigerten Wettbewerb auf globalen Märkten beiträgt. Nach dem neoliberalen Primat soll sich dieser Wettbewerb unter Abbau staatlicher Regulierung vollziehen. Damit ist die Politik der Globalisierung kein unvermeidbares Naturereignis, sondern ein gewolltes Bedienen der Interessen (großer) TNU.

Kennzeichen der Globalisierung ist die Abschaffung weitgehend aller Kontrollmechanismen für die globale Tätigkeit von Unternehmen. Diese Politik ist nicht alternativlos, sondern fußt auf neoliberaler Ideologie, welche die Interessen der (großen) transnationalen Unternehmen bedient.

Die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung in Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas ist in schwach oder nicht nor-

mierten Arbeitsverhältnissen, d.h. informell beschäftigt. Mit der Globalisierung wächst informelle Beschäftigung stärker als die formelle: 93 Prozent aller Beschäftigungsmöglichkeiten, die in den 90er-Jahren in Afrika entstanden sind und 80 Prozent aller Beschäftigungsmöglichkeiten, die in Lateinamerika in der ersten Hälfte der 90er-Jahre geschaffen wurden, werden dem informellen Sektor zugerechnet.¹² Zur informellen Wirtschaft gehören neben kriminellen, illegale und halblegale Aktivitäten, oder jene, die Gesetzeslücken ausnutzen. Neben dem klassischen ambulanten Verkauf selbst gekochter Speisen, zählt auch das Nähen in Heimarbeit für den Zulieferer eines transnationalen Unternehmens zur so genannten informellen Arbeit.

Arbeiten in Ländern des Südens ...

Auch die Beschäftigung in Freihandelszonen, in denen für den Weltmarkt produziert wird, ist teilweise informell, da soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen oftmals gelockert oder ganz ausgesetzt sind.¹³

Kennzeichen der Informalität ist ein hoher Grad an sozio-ökonomischer Unsicherheit, es fehlt die Sicherheit, dass sich mit »normaler Arbeit« ein Einkommen erzielen lässt und ein »normaler Lebensstandard« realisiert werden kann.¹⁴ So verdienen in den Weltmarktsfabriken der Freihandelszonen Frauen¹⁵ weltweit bei ca. 50 Wochenstunden zwischen 75 und 165 Euro/Monat, was selbst in einem Entwicklungsland nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern.¹⁶ Die Arbeiterinnen sind daher gezwungen Überstunden einzulegen, um mit ihrem Lohn auszukommen bei 70–90 Std/Woche mit gesundheitlichen Spätfolgen.¹⁷ Zudem gibt es in den wenigsten Betrieben eine gewerkschaftliche Interessenvertretung, nicht selten werden Beschäftigte bei dem Versuch eine solche zu gründen, entlassen.¹⁸ Die Liste dokumentierter Arbeitsrechtsverletzungen ist lang und reicht von Diskriminierung

8 ILO, a. a. O., S. 37.

9 Greven/Scherrer, Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards, 2005, S.104.

10 Bei Ländern wird auf das BIP abgestellt, bei Unternehmen auf die Wertschöpfung (Value added), In: UNCTAD, World Investment Report (WIR) 2002, S. 90.

11 UNCTAD, WIR 2002, S. 71.

12 ILO (Hg), Das Problem der informellen Wirtschaft, in: ILO-Nachrichten 3/2002, S. 6.

13 ILO, Employment and social policy in respect of export processing zones, 2003, S. 8 ff.

14 Altwater/Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster 2002, S. 25 sowie S. 115. Kriterium der Analyse von Informalität ist die Struktur der Ökonomie, vgl. Altwater/Mahnkopf, S. 116.

15 85 Prozent der dort Beschäftigten sind Frauen, vgl. Oxfam Deutschland, Unsere Rechte im Ausverkauf. Frauenarbeit in globalen Lieferketten von Bekleidungsunternehmen und Supermärkten, 2004, S. 1 ff.

16 Nach Studien der Colombia University benötigt eine vierköpfige Familie in El Salvador monatlich 600 Euro, um ein menschenwürdiges Leben zu führen, in Nicaragua wären ca. 400 Euro/Monat notwendig, vgl. Broscheit, Wen kümmern schon die Arbeitsbedingungen, in: Presente 2/2002, S. 26 (27); sowie Balzer, Ohne Fair pay kein fair play, S. 22(23).

17 Siehe Oxfam-Studie zu Arbeitsbedingungen bei Nike und adidas-Zulieferern in Indonesien, We are no machines, 2002, S. 16/17.

18 Oxfam 2002, S. 7 ff.

und sexueller Belästigung zu krank machenden Arbeitsbedingungen.

In den Industrieländern wird seit langem die Erosion des »Normalarbeitsverhältnisses« (35–40 Std./Woche, geregelte Arbeitszeit, soziale Absicherung) thematisiert, die Arbeitslosigkeit steigt und hat längst die Fünf-Millionen-Marke überschritten.¹⁹

... und die Arbeit in Ländern des Nordens

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist in aller Munde und war eines der wichtigsten Themen des letzten Wahlkampfes in Deutschland. Weniger thematisiert hingegen wird die Qualität der Arbeit. Zwar entsteht in einem Industrieland wie Deutschland kein großer informeller Sektor oder gar eine informalisierte Wirtschaft wie in einem Südländ, aber auch hier nimmt die Unsicherheit darüber, wie der Lebensunterhalt gesichert werden kann, zu. Immer weniger Menschen profitieren von einer Regulierung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse steigen rapide an. Sei es, durch Herausfallen aus dem Kündigungsschutz für befristet Beschäftigte und für seit 2004 Neueingestellte,²⁰ oder aber in Form der sprunghaft angestiegenen Minijobs.²¹ Die 400 Euro-Jobs gehören zwar zum formellen und damit staatlich erfasstem Sektor, sie stellen aber eine Übergangsform zum informellen Bereich dar, da weniger Sozialabgaben und Steuern gezahlt werden und kaum soziale Absicherung vorhanden ist.²² Eindeutig der informellen, auch prekär genannten Arbeit zuzuordnen, ist die Tätigkeit von PraktikantInnen, die oftmals über keinen Arbeitsvertrag und damit über keine Rechte verfügen, und in der Hoff-

nung, irgendwann doch übernommen zu werden, zu immer ausufernderen Tätigkeiten ohne Bezahlung bereit sind. Ähnlich erpressbar sind auch LeiharbeiterInnen, die zudem deutlich weniger verdienen als ihre KollegInnen der Stammebelegschaft.²³ Klassisch informalisierte Arbeit ist die Tätigkeit von Ein-Euro-Jobbern, die nach § 16 Abs. 3 SGB II ausdrücklich nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen und damit nicht die »normalen« Arbeitnehmern

www.arbeitsrecht.de

neueste Rechtsprechung.

zustehenden Rechte haben: so haben sie beispielsweise keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Falle von Krankheit oder Urlaub.²⁴ Werden schon in den Betrieben immer mehr Überstunden gemacht, so ist bei selbständiger Tätigkeit kein Arbeitszeitgesetz mehr einschlägig. Sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer versuchen, Unternehmen mit Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung und mittels Steuersenkungen zu Investitionen zu bewegen. So führt der zunehmende Wettbewerb von Standorten, Regionen und Ländern um Investitionen und Produktionsaufträge zu einer Abwärtsspirale im Hinblick auf Sozialstandards, zu einem »race to the bottom«.

Sozialabbau in Deutschland

In den letzten Jahren wurde in Deutschland das soziale Sicherungssystem demontiert, einige Maßnahmen aus der Agenda 2010 der vorigen Bundesregierung führten zu den oben genannten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Hinzu kommen neben dem Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Krankenversicherung²⁵ die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Letzteres führte nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu einer Verdoppelung der Zahl auf Sozialhilfeniveau lebender Menschen, wodurch mittlerweile jedes siebte Kind in Deutschland in Armut lebt.²⁶ Der Druck auf Arbeitslose, jede Arbeit anzunehmen, sei sie auch noch so schlecht bezahlt, steigt – und damit die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu passt die Schaffung eines Niedriglohnssektors durch die rotgrüne (ehemalige) Bundesregierung, mittels Subventionierung geringfügiger Beschäftigung (durch Abgabenprivilegierung) und Ein-Euro-Jobs. Dieses geschieht allerdings auf Kosten regulärer Beschäftigung: 2003 stand dem Anstieg geringfügiger Beschäftigung um etwa 523.000, der Abbau 563.000 regulärer Arbeitsplätze gegenüber.²⁷ Die Beschäftigtenstruktur verschiebt sich folglich, ohne dass zusätzliche Beschäftigung entsteht. Ähnliches ist durch 1-Euro-Jobs zu befürchten, die zwar gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II »zusätzlich« und »im öffentlichen

19 Nach offiziellen Angaben der BAA lag die Arbeitslosenquote im Juli 2005 bei 4,772 Mio (SZ v. 29.7.05), hinzu kommt die Dunkelziffer der versteckten Arbeitslosigkeit, welche u. a. die aus der Statistik herausgenommenen 1-Euro-Jobber enthält.

20 Seit der letzten Reform des Kündigungsschutzgesetzes gilt bei nach dem 31.12.2003 eingestellten AN das KSchG nach § 23 Abs. 1 erst ab mehr als 10 Beschäftigten.

21 2003 wurden nach Untersuchungen von BAA u. DIW ~ 523.000 Minijobs (400 Euro) geschaffen, allerdings wurden im gleichen Zeitraum 563.000 reguläre Arbeitsplätze abgebaut.

22 Da in die Arbeitslosenversicherung nicht eingezahlt wird, werden auch keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld mit einem 400 Euro-Job erworben. Von dem vom AG zu zahlenden Pauschalbetrag von 25 Prozent gehen 12 Prozent in die Rentenversicherung – dadurch erwächst der/dem AN (nach den für das 1. Hj. 2003 gültigen Werten in den alten Bundesländern) bei einem 400 Euro-Minijob, der 1 Jahr ausgeübt wird, nur eine um 1,09 Euro erhöhte monatl. Rentenanswartschaft. Da die nur anteilige Beitragszahlung auch nur einen anteiligen Beitragsmonat ergibt, resultieren aus 1 Jahr Minijob auch nur ~ 3,2 Beitragsmonate).

23 Vgl. mit der DGB-Tarifgemeinschaft abgeschlossene TVe der BZA u. IGZ, www.bza.de u. www.ig-zeitarbeit.de.

24 Sie können ferner nicht an Betriebs- oder Personalversammlungen teilnehmen, wählen den Betriebsrat nicht mit und können auch nicht auf das Beschwerderecht nach § 85 BetrVG zurückgreifen.

25 Seit dem 1.7.2005 wird Zahnersatz einseitig von den AN durch einen Sonderbeitrag i. H. v. 0,4 Prozent des Einkommens finanziert, ebenso wurde das Krankengeld ausgegliedert, dafür sind 0,5 Prozent des Einkommens fällig. Der Boden für diese Kostenverlagerung auf die Beschäftigten wurde mit Schaffung der Riesterrente bereitet.

26 Grundlage für die Berechnung waren Zahlen der BAA, SZ v. 23.8.2005 und v. 26.8.2005.

27 Infodienst des DGB v. 10.12.2004, www.dgb.de.

Interesse« sein müssen,²⁸ allerdings werden diese Kriterien von den Gerichten teilweise recht großzügig ausgelegt²⁹ – hier ist Missbrauch vorprogrammiert. Zwar sind 1-Euro-Jobs in der Privatwirtschaft unzulässig (eine Zusatzlichkeit ist hier nicht zu begründen), aber auch im Öffentlichen Dienst oder bei gemeinnützigen Organisationen lässt sich so Personal einsparen – eine Entwicklung, die durch die Zivildienstleistenden bekannt ist. Damit wird gering entlohnte Beschäftigung salonfähig gemacht. Die Hartzgesetze sind somit den Hauptforderungen der Unternehmen nach Flexibilisierung der Arbeit und Schaffung eines Niedriglohnsektors nachgekommen.³⁰

Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Der Gewinn deutscher Kapitalgesellschaften (GmbH und AG) erhöhte sich von 1991 bis 2004 um 91 Prozent brutto, netto sogar um 113 Prozent; seit 2003 ist Deutschland wieder Exportweltmeister.³¹ 2004 gab es sogar eine Gewinnexplosion: Gewinn- und Vermögenseinkommen stiegen um 10,7 Prozent, die Gewinne der Kapitalgesellschaften erhöhten sich um 14 Prozent, die der DAX-30 Konzerne sogar um 69 Prozent.³² Demgegenüber wurden den Beschäftigten arge Zugeständnisse bei Arbeitszeit und Lohn abverlangt – allerdings auf Kosten einer stagnierenden Binnennachfrage, zur Steigerung der »Konkurrenzfähigkeit« stiegen Bruttolöhne und Gehälter 2004 lediglich um 0,1 Prozent. Deutschland hatte bereits im Zeitraum 1997 bis 2001 den schwächsten Lohnanstieg in der EU.³³ Zuvor waren die Unternehmenssteuern massiv gesenkt worden: bei 27 Prozent Gewinn-/Vermögenssteuern betrug 1970 die Lohnsteuern 24 Prozent des Gesamtsteueraufkommens, 2002 waren die Lohnsteuern auf 35,5 Prozent geklettert, während Gewinn-/Vermögenssteuern nur noch 14,0 Prozent betrug.³⁴ Zu mehr Arbeitsplätzen haben diese Geschenke an die Unternehmen nicht geführt, die Löcher im Staatshaushalt werden nun durch Sozialabbau versucht zu stopfen.

Das Thema Globalisierung und Verletzung sozialer Mindeststandards von Arbeitsbedingungen in Entwicklungs-

ländern wird zumeist von dem Abbau Sozialer Sicherungssysteme in den Industriestaaten getrennt diskutiert. Beides muss aber zusammen betrachtet werden, um effektiv gegensteuern und die Abwärtsspirale im Hinblick auf Sozialstandards stoppen zu können.

Fazit

Konsequenz darf allerdings nicht die Erpressbarkeit der hiesigen Belegschaften sein – stattdessen sollte entgegen der Standortkonkurrenz für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Nord und Süd gestritten werden. Ansätze zum Aufbau internationaler Solidarität sind vorhanden, ob auf Arbeitnehmerseite durch die Arbeit effektiver Europäischer Betriebsräte, oder aber durch soziale Bewegungen, die sich für Mindeststandards beispielsweise in der Bekleidungsproduktion einsetzen und den TNU gegenüber die Macht der KonsumentInnen ausspielen. Allerdings müssen wir unsere Kräfte bündeln, insbesondere da CDU/CSU schon angekündigt haben, Unternehmensinteressen noch effektiver zu vertreten und bereits den Generalangriff auf ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte planen.

REINGARD ZIMMER ist Juristin und Beraterin im Trainings- und Beratungsnetz euro-betriebsrat.de in Hamburg.

28 Das ist der Fall, wenn sie nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt (voraussichtlich erst nach zwei Jahren) durchgeführt worden wären.

29 So unterstellte der Bay VGH die Zusatzlichkeit von Altenpflege- und Küchenarbeiten in einem Altersheim, ohne den Ansatz einer Begründung, Urteil v. 24.9.98, info also 1999, S. 145.

30 Zum 1.1.2004 ersatzlos gestrichen wurde bspw. auch die Erstattungspflicht des Arbeitgebers bei rechtswidriger witterungsbedingter Kündigung und bei Wettbewerbsabreden, die Arbeitnehmern in leitenden Stellungen untersagte, innerhalb einer bestimmten Tätigkeit einen Arbeitsplatz bei der Konkurrenz anzutreten.

31 ISW-Forschungsinstitut (Hg.), Macht der Multis, 2003, S.37.

32 ISW-Wirtschaftsinfo 37, S. 29.

33 Da die Inflationsrate von 1,5 Prozent in etwa der Entlastung durch die Steuerreform entsprach, verharrte der durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalt 2004 real auf dem selben Einkommensniveau, siehe ISW-Wirtschaftsinfo 37, 2005, S. 17.

34 Metall 6/2004, S. 8.